

CHRISTIAN GÖTZ

Jugend und Wiedervereinigung

„Die demokratischen Kräfte müssen dieser (jungen und nüchternen) Generation beweisen, daß die Interessen der Nation in guten Händen sind; sonst mögen in Zukunft andere Kräfte die nationale Frage der Wiedervereinigung und der Bündnisse in einer gefährlichen Weise ins Spiel bringen. Auch deshalb kann die Deutschlandakte nicht einfach geschlossen werden.“

Fritz Erler¹⁾

I

Die sozialdemokratische Wochenzeitung *Vorwärts* veröffentlichte am 25. August 1965 eine kurze Notiz folgenden Inhalts: Angehörige der Beobachter-Delegation der Bundesrepublik bei den Vereinten Nationen entdeckten, daß am Eingang des UN-Restaurants die drei Buchstaben DDR prangten. Sie protestierten erregt und beruhigten sich erst wieder, nachdem sie darüber aufgeklärt worden waren, daß es sich bei dieser Bezeichnung um die englische Abkürzung für „Delegations-Dining-Room“ handele.

Selbst wenn diese Geschichte sich nicht in allen Einzelheiten so zugetragen haben sollte, so müßte sie zumindest „gut erfunden“ genannt werden. Sie wirft nämlich ein bezeichnendes Licht auf die „Tabuisierung“ vieler Fakten der Wiedervereinigungspolitik

1) Zitat aus seinem Buch „Demokratie in Deutschland“, Seewald-Verlag, Stuttgart 1965.

und die Verkrampfung, mit der die meisten Politiker diesen Fragen begegnen. So gesehen mag es ein Wagnis sein, sich mit dem Verhältnis der politisch engagierten jungen Generation ²⁾ — auf diesen Personenkreis soll sich diese Arbeit beschränken — zur Wiedervereinigung und den damit verbundenen politischen Fragen auseinanderzusetzen. Es wird sich dabei nicht vermeiden lassen, auch solche Aspekte der Wiedervereinigungspolitik zu beleuchten, die die Parteien „tabuisiert“ haben. Eine Notwendigkeit für die hier versuchte Auseinandersetzung besteht uneingeschränkt. Das ist um so mehr deshalb der Fall, weil bisher kein verantwortlicher und führender Politiker eine deutliche und umfassende Aussage zu diesem Thema gemacht hat.

Eine berechtigt als „deutlich und umfassend“ zu wertende Aussage muß zumindest auf folgende drei Punkte eingehen: Einerseits muß der politisch engagierten jungen Generation vor Augen geführt werden, warum gerade sie sich mit den politischen Problemen, die mit der Wiedervereinigung verbunden sind, auseinandersetzen muß. Andererseits müssen kritische Fragen dieses Personenkreises zur Glaubwürdigkeit und Eindeutigkeit der offiziellen Wiedervereinigungspolitik der Regierung und der Parteien beantwortet werden. Letztlich sollten Vorschläge gemacht werden, was die politisch engagierte Jugend heute noch für die Wiedervereinigung tun kann, bzw. wie sie sich auf ihre zukünftige entsprechende Verantwortung vorbereiten sollte. Ganz gewiß würde eine diese Punkte umfassende Aussage eines verantwortlichen Politikers zu einem Dialog zwischen ihm und Vertretern der politisch engagierten Jugend — die aus den Reihen verschiedener Jugend- und Studentenverbände, aber vor allen Dingen aus den „Dachorganisationen“ Deutscher Bundesjugendring und Ring politischer Jugend kommen könnten — führen.

Mit den letzten Sätzen wurden sowohl das Ziel dieser Arbeit als auch die Punkte genannt, die behandelt werden sollen. Da Resignation in diesem für unsere Zukunft entscheidenden Fragenbereich keine brauchbare Konsequenz ist, bestehen sicherlich keine Bedenken dagegen, daß — nachdem es bisher kein verantwortlicher Politiker versuchte — ein Vertreter der anderen Seite, also der politisch engagierten jungen Generation, den Dialog eröffnet.

II

Die wesentlichen Gründe, die die politisch engagierte Jugend nicht 'nur berechtigten, sondern sogar *verpflichten*, sich mit diesem Fragenkomplex auseinanderzusetzen, lassen sich in folgenden Punkten zusammenfassen:

1) Es gibt heute keinen verantwortlichen Politiker in West und Ost oder auch speziell innerhalb der Bundesrepublik, der davon überzeugt ist, daß die Wiedervereinigung kurzfristig erreichbar sei. *Erich Mende* stellte bei seiner Amerikareise im Juni 1965 z. B. fest, daß die Wiedervereinigung eher eine Sache von Jahrzehnten als von Jahren sei. *Fritz Erler* betont in seinem Buch „Demokratie in Deutschland“: „Die Wiedervereinigung ist ein langfristiges Unternehmen, das Disziplin, Geduld und Mut erheischt.“ Dieser Auffassung scheint auch der überwiegende Teil der Bevölkerung der Bundesrepublik zu sein. Nach einem im August 1965 veröffentlichten Ergebnis einer Befragung des Bielefelder Emnid-Instituts für politische Meinungsforschung konnte sich nur jeder dritte Befragte (35 vH) vorstellen, daß die Wiedervereinigung innerhalb der nächsten 20 Jahre zu verwirklichen ist. Mehr als die Hälfte glaubte an eine Realisierung „noch später“ oder in „absehbarer Zeit gar nicht“.

Diese Erkenntnisse bedeuten, daß die Jugendlichen von heute, wenn sie zu einem gar nicht fernen Zeitpunkt in Nachfolge der jetzt verantwortlichen Generation als Wähler und insbesondere als Mandatsträger die politischen Geschicke gestalten müssen, nicht in einem bereits wiedervereinigten Deutschland leben, sondern weiterhin verpflichtet sind, politisch darum zu kämp-

2) Nach einer Repräsentativuntersuchung, die Prof. Jaide in den Jahren 1958—1962 unter den Jugendlichen der Geburtsjahrgänge 1940—1946 durchführte, machen die sog. „Engagierten“, die nicht nur politisch interessiert und gut informiert, sondern auch aktionsbereit sind, etwa 10—12 Prozent der Jugendlichen aus. Vergl. Prof. Jaide „Ein neue Generation?“, Juventa-Verlag, München 1961, und „Jugend und Politik“, Originalmanuskript eines Grundsatzerferates anlässlich der Ruhrfestspiele 1964.

fen. Dazu werden sie selbstverständlich nur dann fähig sein, wenn sie über die notwendige politische Qualifikation verfügen und sich entsprechend vorbereitet haben. Sie müssen sich deshalb schon heute mit diesen entscheidenden politischen Fragen auseinandersetzen und u. U. auch eigene Vorstellungen entwickeln.

2) Der Geschäftsführende Vorsitzende des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“, Dr. Schütz, stellte in einer Erklärung vom 16. 5. 1965³⁾ fest, daß die Ungeduld in der jungen Generation ständig wachse. Sie dränge viel entschiedener auf die Einheit der Deutschen als die ältere Generation. Sie sei weder durch Verantwortung noch durch düstere Erinnerungen an das Vergangene niedergedrückt. Schon aus Selbsterhaltungstrieb müsse die deutsche Demokratie eine tatkräftige und überzeugende Wiedervereinigungspolitik betreiben. Sonst greife der „Virus des Neonationalismus“ auch auf Deutschland über.

Diese Erklärung von Dr. Schütz, die eine sinnvolle Ergänzung bzw. Unterstreichung des an den Anfang dieser Arbeit gesetzten Zitats von Fritz Erler darstellt, zeigt zwei neue wichtige Aspekte für die Notwendigkeit des vorgeschlagenen Dialogs auf. Ein sorgfältiges Studium von Konferenzprotokollen und Arbeitsberichten der verschiedensten Jugend- und Studentenorganisationen zeigt, daß Unruhe und Unzufriedenheit der politisch engagierten Jugend über die Ungeklärtheit der Wiedervereinigungsfrage wachsen. Reaktionen sind die z. T. scharfe Kritik an der offiziellen Wiedervereinigungspolitik der Regierung und der Parteien und der Wunsch, selbst mehr als bisher zur Wiedervereinigung beizutragen. Diese Entwicklung darf von den verantwortlichen demokratischen Kräften, zu denen in erster Linie die im Bundestag vertretenen politischen Parteien und große Verbände, wie *die Gewerkschaften*, rechnen, nicht einfach ignoriert werden. Sonst besteht die Gefahr, daß sich radikale politische Gruppierungen, und zwar sowohl von ganz links als auch von ganz rechts, das zu Nutze machen. Sie werden sich als „einzige wahre Kämpfer für die Wiedervereinigung“ aufspielen und über diesen Weg versuchen, junge Menschen auch für ihr übriges politisches Programm zu gewinnen.

3) In der zitierten Erklärung von Dr. Schütz heißt es u. a., daß die junge Generation weder durch Verantwortung, noch durch düstere Erinnerungen an das Vergangene niedergedrückt sei. Auch wenn das ein wenig zu pauschal formuliert ist, so steht doch fest, daß — mit wenigen Ausnahmen — die politisch engagierten Jugendlichen natürlicherweise noch keine exponierten Stellungen z. B. in den Parteien und im legislativen Bereich bekleiden. Das kann im Hinblick auf die Auseinandersetzung mit Wiedervereinigungsfragen durchaus positiv gesehen werden. Sie haben dadurch eine größere Freiheit, neue Gedanken vorzutragen und auch die „tabuisierten“ Fragen aufzugreifen. Solche Diskussionsbeiträge, die notwendig sind, wenn die z. Zt. herrschende allgemeine Sterilität in der Wiedervereinigungspolitik überwunden werden soll, könnten die entsprechenden Diskussionen innerhalb der Parteien befruchten, ohne diese zu „belasten“. Exponierte Politiker haben diese Freiheit nicht; in der politischen Praxis „belasten“ ihre Meinungsäußerungen automatisch ihre jeweiligen Parteien. Sicherlich ist auch das einer der Gründe dafür, daß führende Politiker gerade in bezug auf die Wiedervereinigung davor zurückschrecken, neue Gedanken vorzutragen.

4) Neben den bisher genannten allgemeinen politischen Gesichtspunkten verpflichten auch verbandsinterne Überlegungen die Jugend- und Studentenverbände dazu, sich *ständig* mit Wiedervereinigungsfragen auseinanderzusetzen. Alle Verbände bekennen sich uneingeschränkt zur Wiedervereinigung. Das Bekenntnis eines Verbandes, der sich — jeweils im Abstand von einigen Jahren — nur auf seinen zentralen Verbandstagen mit dieser „Lebensfrage unseres Volkes“ beschäftigt und dort eine allgemeine Resolution verabschiedet, verliert an Glaubwürdigkeit. Die Wiedervereinigung und die damit verbundenen politischen Fragen müssen in der täglichen Arbeit des Verbandes, vor allem in der Bildungsarbeit, einen wichtigen Platz einnehmen.

Die in diesen vier Punkten zusammengetragenen Gründe, die dafür sprechen, politisch engagierte junge Menschen so frühzeitig wie möglich an der Auseinandersetzung mit Wiedervereinigungsfragen zu beteiligen, werden heute innerhalb der Parteien und der großen Verbände nicht genügend berücksichtigt. Von einer Ermunterung, wegen der größeren Freiheit eigene Gedanken zu entwickeln, auch wenn dabei u. U. „tabuisierte“

3) Abgegeben in einer gemeinsamen Arbeitstagung des Kuratoriums mit der Jungen Union Deutschlands. Einen Tagungsbericht enthält die Zeitschrift „Politik“ — Vierteljahrszeitschrift des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“, Ausgabe 3/1965.

Aspekte berührt werden, kann schon gar nicht die Rede sein. Ganz im Gegenteil, konformes Verhalten der Jugend wird gepriesen, nichtkonformes Verhalten gerügt und nicht selten als für die jeweilige Organisation „schädlich“ hingestellt. Ergebnis ist, daß z. B. die offiziellen Jugendorganisationen der Parteien — gerade auch in bezug auf die hier behandelten Fragen — ziemlich „zahn“ geworden sind. Die Studentenorganisationen, die sich weit weniger konform verhalten, haben dagegen mit ihren jeweiligen Parteien Schwierigkeiten.

Es geht hier in keiner Weise darum, pauschal die Führungsschichten der Parteien und der großen politischen Verbände anzuklagen. Es wird von Fall zu Fall verschieden sein, welche Seite die größere Verantwortung für etwaige Spannungen trägt. Es soll vielmehr an die Toleranz dieser Führungsgeschichten appelliert und besonders auf die Gefahren hingewiesen werden, die darin bestehen, wenn man junge Menschen nicht rechtzeitig und ausreichend an der politischen Auseinandersetzung beteiligt und sie statt dessen zu konformem Denken erzieht. Das gilt insbesondere für die Wiedervereinigungspolitik. Wenn heute feststeht, daß die Wiedervereinigung ein langfristiger Prozeß ist und die bisherige Politik uns ihr nicht näher gebracht hat, so ist es doch geradezu ein zwingendes Erfordernis, auch politisch engagierte *junge* Menschen aufzufordern, neue Gedanken beizutragen und sie durch Beteiligung an der heutigen Diskussion auf ihre spätere alleinige Verantwortung vorzubereiten.

III

Wissenschaftliche Untersuchungen über das Verhältnis der Jugend zur Politik, z. B. die oben zitierte Untersuchung von Prof. Jaide, haben ergeben, daß junge Menschen ganz allgemein entscheidenden Wert auf die objektive, ehrliche und ungeschminkte Information über politische Tatbestände legen. Gerade im Bereich der offiziellen Wiedervereinigungspolitik der Regierung und der Parteien fehlt es dazu an Möglichkeiten. Das liegt einerseits daran, daß z. Zt. keine Seite über ein geschlossenes Konzept, einen „Wiedervereinigungsplan“ oder ähnliches verfügt, andererseits daran, daß man schon seit langem darauf verzichtet, grundlegende Fragen und Vorstellungen zur Wiedervereinigung in der Öffentlichkeit zu diskutieren.

Besonders deutlich wurde das im letzten Bundestagswahlkampf, aus dem die Parteien diesen wichtigsten Bereich deutscher Politik durch stillschweigende Vereinbarung ausgeklammert hatten. Begründet wurde das damit, daß — wie es Fritz Erler in seinem Buch „Demokratie in Deutschland“ formuliert — „die Lebensinteressen der Nation ein Höchstmaß an Zusammenwirken der verantwortlichen demokratischen Kräfte erfordern“. Diese Auffassung hat sicherlich sehr viel für sich, da nicht bestritten werden kann, daß es in der „Deutschen Frage“ zwischen den Parteien ein gewisses Maß an Übereinstimmung geben muß. Trotzdem sollte überlegt werden, ob es nicht zweckmäßig wäre, diese Gemeinsamkeitsformel neu zu definieren.

Es genüge doch, wenn die demokratischen Parteien sich in der *Zielsetzung* gesamtdeutscher Politik, nämlich die Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit so schnell wie möglich zu erreichen, für einig erklären und diesen gemeinsamen Willen nicht gegenseitig anzweifeln, besonders auch dann nicht, wenn eine der Parteien versuchen sollte, neue Wege in der Wiedervereinigungspolitik zu beschreiten. Gewiß ist, daß dieser Vorschlag auf eine vergleichsweise minimale Gemeinsamkeitsformel hinausläuft. Es kann aber andererseits nicht übersehen werden, daß die jetzt praktizierte maximale Gemeinsamkeitsformel, die ja wichtige Details der Wiedervereinigungspolitik miteinbezieht, den bestehenden Tabus in diesem Bereich ein weiteres hinzugefügt hat. Jede Partei, die heute neue, noch nicht einmal revolutionäre Gedanken entwickelt, gerät sehr schnell in die Gefahr, gegen das Tabu der sog. „gemeinsamen Grundhaltung der Parteien in der Deutschen Frage“ zu verstoßen, was „natürlich“ als fluchwürdig gilt.

Wie schnell ein solcher Vorwurf erhoben wird und mit welchem Ergebnis, das erlebten wir im letzten Bundestagswahlkampf. Als durchsickerte, die SPD entwickle Vorstellungen über den Inhalt eines Friedensvertrages, wurde sie mit dem Argument, die zitierte gemeinsame Grundhaltung verlassen zu haben, scharf durch die CDU/CSU kritisiert. Daraufhin dementierte *Herbert Wehner* offiziell diese Nachrichten, was wiederum Bundeskanzler *Erhard* in einer Pressekonferenz am 6. 9. 1965 in Hildesheim veranlaßte, sich befriedigt über dieses offizielle Dementi zu äußern. Abgesehen davon, daß es unverständlich ist, wie man „befriedigt“ darüber sein kann, daß eine u. U. neue Initiative in der Deutschlandfrage abgeblasen wurde, zeigt dieses Beispiel, daß eine zu weitgehende Gemeinsamkeitsformel jeden noch so kleinen Denkansatz abwürgen kann.

Parallel zu den Bemühungen um eine Neudefinition der Gemeinsamkeitsformel sollten die Parteien auch ernsthafte Anstrengungen zur Klimaverbesserung und „Enttabuisierung“ in der Wiedervereinigungsschskussion unternehmen. Es muß auch in der Bundesrepublik möglich sein, über die heute „tabuisierten“ Fragen z. B. der Oder-Neiße-Grenze, der de-facto-Anerkennung des Ulbricht-Regimes, der Einsetzung gesamtdeutscher technischer Kommissionen, der Auflockerung der Hallstein-Doktrin und der Stellung und Aufgaben der Vertriebenenorganisationen zu diskutieren, ohne daß derjenige, der diese Fragen anschneidet, in die Gefahr des politischen Selbstmordes gerät.

Sind diese Voraussetzungen erfüllt, dann können die Parteien die nun schon seit einigen Jahren geübte Selbstbeschränkung, Grundfragen und u. U. unterschiedliche Auffassungen zur Wiedervereinigungspolitik innerhalb ihrer Organisationen und in der Öffentlichkeit zu diskutieren, aufgeben. Eine dauernde derartige Abstinenz könnte nämlich die Öffentlichkeit — insbesondere auch das Ausland — zu der Annahme verleiten, die Wiedervereinigung sei entweder in unserem Lande nicht mehr das politische Thema Nr. 1, oder die immer wieder proklamierte Gemeinsamkeit bestehe darin, daß man gemeinsam nichts weiß, d. h. keine vernünftigen Vorschläge unterbreiten kann. Eine sachliche, faire, von den Realitäten ausgehende und mit guten Argumenten geführte Auseinandersetzung zwischen den Parteien um die „beste“ Wiedervereinigungspolitik könnte solchen Gefahren entgegenwirken. Gleichzeitig würde man — auch das sollte nicht übersehen und unterschätzt werden — der zitierten Unruhe und Unzufriedenheit innerhalb der politisch engagierten jungen Generation begegnen. Dieser Personenkreis hegt u. a. auf Grund der nun schon so lange fehlenden Auseinandersetzung das Mißtrauen, viele der verantwortlichen Politiker hätten die Wiedervereinigung insgeheim bereits als „nicht realisierbar“ abgeschrieben.

Zur erwarteten objektiven, sachlichen und ungeschminkten Information gehört auch das Eingeständnis, daß wir von der Wiedervereinigung heute weiter entfernt sind denn je. *Theo Sommer*, politischer Redakteur der Wochenzeitung *Die Zeit*, schreibt dazu in dem Buch „Was steht zur Wahl?“⁴⁾:

„Der vierte Bundestag wurde unter dem Schatten des 13. August 1961 gewählt. Ungeschminkt enthüllten sich auf der Berliner Szene damals die Not und die menschliche Misere Deutschlands. Die Mauer machte die Permanenz des deutschen Provisoriums auf niederschmetternde Weise augenfällig. Auch wer es bis dahin noch nicht hatte wahrhaben wollen, konnte nun nicht länger die Augen davor verschließen, daß sämtliche Bundestagsparteien mit ihren ursprünglichen Wiedervereinigungsprogrammen gescheitert waren: Die CDU mit ihrer Politik der Stärke durch Westintegration, die SPD mit ihrem Disengagement-Konzept, die FDP mit einer Mixtur aus beidem.“

Daß die Chancen für die Wiedervereinigung inzwischen nicht größer geworden sind, ergibt sich u. a. aus dem Bericht eines Gremiums, dessen Aussagen selbst die Regierungsparteien nicht anzweifeln werden. Der bei der Bundesregierung bestehende „Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung“, dem in erster Linie unabhängige Wissenschaftler, aber auch Vertreter der Bundestagsparteien angehören, stellte in seinem Bericht

4) „Was steht zur Wahl?“ — „Zeit“-Analysen für deutsche Wähler — Nannen-Verlag, Hamburg 1965.

über die Jahre 1961 — 1965, den er auftragsgemäß zum Ende der Legislaturperiode des 4. Bundestages vorlegte, nüchtern fest:

„Wirtschaftlich und gesellschaftlich, ordnungspolitisch und leistungsmäßig, hat die Distanz zwischen der Bundesrepublik und der SBZ sich noch vertieft.. . Die Wiedervereinigung ist insofern nicht einfacher geworden.“

Die SPD hat ihre Wiedervereinigungspolitik nie in der Regierungsverantwortung praktizieren können. Insofern fehlt der historische Beweis, daß sie mit ihren Vorstellungen auf jeden Fall gescheitert wäre. Dabei ist insbesondere zu berücksichtigen, daß diese Vorstellungen einem erheblichen Wandlungsprozeß unterworfen waren, wenn man die Entwicklung vom „Deutschlandplan“ bis zum heutigen Tage verfolgt. In bezug auf die Wiedervereinigungspolitik der SPD ist Theo Sommers Urteil deshalb ein wenig zu kategorisch. Ohne die Opposition in ihrer Bedeutung unterschätzen zu wollen, steht fest, daß — wenn man heute Bilanz macht — die *praktizierte* Politik der Parteien, die ohne Unterbrechung die Regierungsverantwortung trugen, schwerer wiegt. Um so bedeutungsvoller ist es, daß eindeutig — und zwar in diesem Fall auch historisch und durch Fakten bzw. die Entwicklung nachweisbar (siehe Bericht des Forschungsbeirates) — feststeht, daß die CDU/CSU mit ihrer „Politik der Stärke“, die sie zugleich auch als Wiedervereinigungspolitik ausgab, gescheitert ist, wenn man diese unter dem Gesichtswinkel wertet, inwieweit wir der Wiedervereinigung tatsächlich nähergekommen sind.

Der frühere Bundeskanzler *Adenauer* hat für den Inhalt der sog. „Politik der Stärke“ einmal folgende, schon fast „klassisch“ zu nennende, Definition gefunden: „Erst wenn der Westen wirklich stark ist, ergibt sich ein wirklicher Ausgangspunkt für friedliche Verhandlungen mit dem Ziel, nicht nur die Sowjetzone, sondern das ganze versklavte Europa östlich des Eisernen Vorhangs zu befreien, in Frieden zu befreien.“⁵⁾

Wer diese Definition kennt, erhebt keinen zu weitgehenden Vorwurf, wenn er daran zweifelt, daß die Politiker der CDU/CSU ihren Beteuerungen, die „Politik der Stärke“ sei der einzig erfolgversprechende Weg zur Wiedervereinigung, selbst jemals ernsthaft geglaubt haben. Die CDU/CSU und die Bundesregierung haben bis auf den heutigen Tag der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Westintegration in ihrer Politik eindeutig den Vorrang gegeben. Es geht hier nicht um die Feststellung, diese Politik sei falsch oder richtig gewesen, oder um eine Wertung überhaupt. Wenn man aber das als notwendig bezeichnete ehrliche Gespräch mit „der politisch engagierten jungen Generation“ sucht, sollte man diese Politik nicht weiterhin auch als Wiedervereinigungspolitik bezeichnen. Sie ist es nie gewesen.

Nach diesen grundsätzlichen Anmerkungen zur offiziellen Wiedervereinigungspolitik sollen noch einige Fragen zu besonders wichtigen Teilbereichen gestellt werden. Da — wie bereits betont wurde — keine der Parteien oder die Regierung über ein geschlossenes Konzept verfügen, bildet ein Dokument, das das Kuratorium „Unteilbares Deutschland“ am 12. Mai 1965 der Presse übergab, die Grundlage. Diese, mit der Überschrift „Grundlagen der Deutschlandpolitik“ versehene Unterlage⁶⁾ wurde nach Mitteilung von Dr. Schütz *gemeinsam mit Vertretern der Bundestagsparteien und großer Verbände* erarbeitet und hielt die Punkte fest, in denen Übereinstimmung bestand. Hier werden nicht alle Punkte wiedergegeben, sondern kurzgefaßt nur der Inhalt der wichtigsten. Sie lauten:

- 1) Die deutsche Einheit soll nur mit Mitteln der Politik und nicht mit Gewalt erstrebt werden.
- 2) Die Viermächte-Verantwortung darf nicht angetastet werden.
- 3) Die Deutschen sind zu einem Sicherheitssystem bereit, das allen Nachbarn in Ost und West ebenso wie Deutschland selbst Sicherheitsgarantien bietet.

5) S. „Der Spiegel“ v. 9. 10. 1963.

6) Veröffentlicht in „Politik“ — Vierteljahresschrift des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“, Ausgabe 3/1965.

4) Deutschlands Ostgrenzen können erst in einem Friedensvertrag endgültig festgelegt werden. Bei allen entsprechenden Verhandlungen wird Deutschland von den Grenzen von 1937 ausgehen.

5) Deutschland strebt ein gutnachbarliches Verhältnis zu allen Völkern in Ost und West an. Es darf keine Unterdrückung von Völkern und Minderheiten und keine neue Vertreibung geben.

6) Die Festigung des menschlichen Zusammenhalts und Freizügigkeit für Menschen und Gedanken in ganz Deutschland sind wichtige und unmittelbare Aufgaben.

Zu diesen sechs zentralen Punkten, in denen auch die Bundestagsparteien übereinstimmen, ergeben sich folgende Fragen:

1. Sind der unter Punkt 1 ausgesprochene Gewaltverzicht, die unter Punkt 4 geforderten Grenzen von 1937 und das lt. Punkt 5 angestrebte gutnachbarliche Verhältnis auch zu den Völkern im Osten, bei ausdrücklicher Betonung, daß es keine neue Vertreibung geben darf, überhaupt miteinander vereinbar? In den seit 20 Jahren unter polnischer Verwaltung stehenden deutschen Ostgebieten leben heute etwa 8,4 Mill. Menschen, darunter 3,2 Mill. bereits dort geborene Kinder und Jugendliche. Dem nicht bestrittenen Heimatrecht der vertriebenen Deutschen steht das — zumindest subjektiv empfundene — Heimatrecht dieser Menschen gegenüber. Kann ein Deutschland in den Grenzen von 1937 angesichts dieser Entwicklung überhaupt ohne Gewaltanwendung bzw. ohne neue Vertreibung realisiert werden? Ist andererseits der Gewaltverzicht ernst gemeint, verliert dann nicht die konsequente Forderung nach den Grenzen von 1937 an realpolitischer Bedeutung? Der Fragesteller kann und will es sich nicht so einfach machen, zu fordern, daß die Regierung und die Parteien die Oder-Neiße-Linie sofort offiziell anerkennen. Sicherlich ist die endgültige juristische Fixierung erst in einem Friedensvertrag möglich. Sollten die verantwortlichen Politiker aber nicht endlich klar erkennen lassen, daß sie sich bewußt sind, daß sie bei Friedens- und Wiedervereinigungsverhandlungen Konzessionen machen müssen und bereit sind, in diesem Zusammenhang auch über die Ostgrenzen nach den Prinzipien „keine Gewalt / keine neue Vertreibung / Anerkennung des beiderseitigen Heimatrechts“ mit sich reden zu lassen? Das Argument, über diese Fragen dürfe erst bei tatsächlichen Verhandlungen gesprochen werden, überzeugt wenig. Zeigt die bisherige Entwicklung nicht eindeutig, daß es ohne erkennbare Gesprächs- und Konzessionsbereitschaft unsererseits gar nicht erst zu Verhandlungen kommt?

2. Gibt es konkrete Vorstellungen über den militärischen Status eines wiedervereinigten Deutschland? Die unter Punkt 3 enthaltenen sehr vagen und unbefriedigenden Formulierungen über ein „Sicherheitssystem“ lassen leider vermuten, daß das nicht der Fall ist. Eindeutig steht aber fest, daß es ohne vorherige Klärung dieser Fragen keine Wiedervereinigungsverhandlungen gibt. Insbesondere ist von Interesse, ob die Bundesregierung von ihrer seit einem Jahrzehnt geltenden irrationalen These, gleichzeitig NATO-Sicherheit und Wiedervereinigung zu fordern, abgerückt ist. Immerhin hieß es noch in einer Erklärung Bundeskanzler Erhards zum 50. Jahrestag des Ausbruchs des ersten Weltkrieges⁷⁾ wörtlich: „Wir haben unsere Bundeswehr dem NATO-Kommando unterstellt und uns in der Verteidigung unseres Landes und Europas mit den großen Demokratien völlig integriert, d. h. unlösbar verbunden.“ Sind die hier propagierte Unlösbarkeit, gerade auf militärischem Gebiet, und die angestrebte Wiedervereinigung miteinander vereinbar?

3. Was verstehen die Parteien und die Regierung unter dem lt. Punkt 5 angestrebten gutnachbarlichen Verhältnis auch zu den Völkern im Osten? Ist dieses Ziel überhaupt erreichbar, wenn man in starrer Anwendung der Hallstein-Doktrin die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten auch weiterhin ablehnt? Bei der

7) Lt. Sonderdruck des Bulletins des Presse- u. Informationsamtes der Bundesregierung.

Beurteilung dieser Frage muß berücksichtigt werden, daß es zu dem (neben China) kommunistischen „Führungsstaat“ Sowjetunion seit vielen Jahren volle diplomatische Beziehungen gibt und daß, wie es Fritz Erler in seinem Buch „Demokratie in Deutschland“ formuliert, die osteuropäischen Staaten mit dem „Geburtsfehler der Beziehungen zu Pankow“ auf die Welt kamen. Die nach und nach erfolgende Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten würde eindeutig einen Beitrag zur weltpolitischen Entspannung darstellen. Mit an der Spitze sollte Polen stehen, das das erste Opfer der Aggressionspolitik Hitlers wurde. Ist es so gesehen wirklich zu weitgehend, wenn man seiner Überzeugung Ausdruck gibt, daß für den Frieden allgemein und für die Vergrößerung der Chancen der Wiedervereinigung ein deutsch-polnischer Freundschaftsvertrag genau so wertvoll und notwendig wäre, wie der von allen verantwortlichen politischen Kräften begrüßte deutsch-französische Freundschaftsvertrag?

Bevor unsere verantwortlichen Politiker an die gewiß nicht einfache Aufgabe herangehen, unser Verhältnis zu den osteuropäischen Nachbarn zu verbessern, müssen sie sich aber ganz klar darüber werden, in welchem Geist das geschehen soll. Auch wenn die Funktionäre der Vertriebenenverbände dem Verfasser unterstellen sollten, er wolle „nachträglich den Begriff der deutschen Kollektivschuld einschmuggeln“ (diese Formulierung stammt von *Wenzel Jaksch*), sei uneingeschränkt betont, daß im Mittelpunkt entsprechender Bemühungen stehen muß, bei unseren osteuropäischen Nachbarn die Furcht und das Mißtrauen vor den Deutschen abzubauen, die angesichts der Schrecken der Vergangenheit nur allzu verständlich sind. Auf jeden Fall muß jeder Eindruck einer Mission zur „Befreiung des versklavten Europas östlich des Eisernen Vorhanges“, wie sie in der zitierten Adenauerschen Definition zur „Politik der Stärke“ zum Ausdruck kommt, vermieden werden.

Wir sollten uns im Gegenteil an die Erklärung des amerikanischen Präsidenten *Johnson* zur Wiedervereinigung vom 16. Juni 1964⁸⁾ halten, in der es u. a. wörtlich hieß: „Die Wiedervereinigung ist nicht im nationalen Rahmen erreichbar, sondern nur durch die Überwindung der Teilung Europas, indem man den mittel- und osteuropäischen Staaten eine allmähliche Annäherung an das freie Europa erleichtert, ohne von ihnen zu erwarten, daß sie ihr Regime ändern, was zur Zeit unmöglich ist.“

Diese drei grundsätzlichen Fragen, denen man eine Reihe weiterer hinzufügen könnte, sind nicht des Provozierens halber gestellt worden, sondern deshalb, weil sie durch die verantwortlichen Politiker der Regierung und der Parteien wesentlich überzeugender als bisher beantwortet werden müssen, wenn deren offizielle Wiedervereinigungspolitik nicht letztlich an Glaubwürdigkeit verlieren soll. Insbesondere die politisch engagierte junge Generation empfindet so.

IV

Nun sei bewußt provokatorisch die Frage gestellt, ob es heute bei den jungen Menschen in den beiden Teilen Deutschlands überhaupt noch den ausgeprägten Willen zur Wiedervereinigung gibt. Es werden zwar bei uns über viele völlig belanglose Fragen demoskopische Untersuchungen angestellt; eine aussagekräftige und detaillierte Meinungsumfrage über das Verhältnis der Jugendlichen in der Bundesrepublik zur Wiedervereinigung gibt es aber nicht. So muß man sich auf den Eindruck verlassen, den man bei einer dauernden und sorgfältigen Beobachtung der Arbeit der verschiedenen Jugendverbände, des Deutschen Bundesjugendringes und des Ringes politischer Jugend gewinnt. Diese Beobachtungen beschränken sich auf den relativ begrenzten Teil der organisierten Jugendlichen.

8) Zitiert aus den „Informationen für die Truppe“, Heft 1/1965.

Man kann feststellen, daß in den meisten Jugendverbänden, darunter auch in solchen, deren grundsätzliche Zielsetzung nicht in erster Linie politischer Natur ist, die Auseinandersetzungen um Wiedervereinigungsfragen und über Konsequenzen, die für die eigene Arbeit zu ziehen sind, einen relativ breiten Raum einnehmen. Diese Feststellung trifft insbesondere für den Deutschen Bundesjugendring zu. Er hat z. B. nach langen Diskussionen im Oktober 1964 bzw. im März 1965 Erklärungen über Kontakte zur Jugend in osteuropäischen Staaten und zur Jugend in Mitteldeutschland verabschiedet. Mit allen Vorbehalten, die beim Fehlen aussagekräftiger wissenschaftlicher Untersuchungen gemacht werden müssen, kann also festgestellt werden, daß die politisch engagierte junge Generation in der Bundesrepublik den Wiedervereinigungsfragen echtes Interesse entgegenbringt.

Noch schwieriger ist es natürlich, sich ein Bild über das Verhältnis der Jugendlichen im anderen Teil Deutschlands zur Wiedervereinigung zu verschaffen. Die Bundesregierung hat in dieser Frage aber offensichtlich einen positiven Eindruck gewonnen. Leider ohne Quellen zu nennen, stellt sie in ihrem Jugendbericht⁹⁾, den sie dem Deutschen Bundestag am 14. Juni 1965 übergab, fest: „Wenn nicht alle Eindrücke täuschen, so ist das Streben der jungen Generation nach der Wiedervereinigung Deutschlands nirgendwo stärker als in Mitteldeutschland.“

Trotz der erfreulichen Feststellungen über das in der Bundesrepublik vorhandene Interesse junger Menschen an Wiedervereinigungsfragen kann andererseits nicht übersehen werden, daß in den Jugendverbänden eine Resignation spürbar ist. Sie ergibt sich aus der Erkenntnis, daß wir heute von der Wiedervereinigung weiter entfernt sind denn je. Spätestens durch den 13. August 1961 hat das Ulbricht-Regime in nicht zu überbietender Brutalität offenbart, daß es wegen des eigenen Überlebens nicht nur die Wiedervereinigung bekämpft, sondern darüber hinaus alles in seinen Kräften Stehende tut, um den Kontakt der Menschen in den beiden Teilen Deutschlands zueinander zu verhindern. Diese bitteren Tatsachen müssen auch junge Menschen zur Kenntnis nehmen. Auch wenn viele enttäuscht sein mögen, empfiehlt es sich deshalb nicht, „revolutionäre“ Vorschläge für die Aufgaben zu unterbreiten, denen sich junge Menschen heute im Interesse der Wiedervereinigung verstärkt zuwenden sollten. Solche Vorschläge würden in der politischen Wirklichkeit scheitern und das Maß der Resignation nur vergrößern.

Ausgehend von dieser (leider) notwendigen Beschränkung wird vorgeschlagen, daß sich die politisch engagierte junge Generation im Interesse der Wiedervereinigung verstärkt folgenden Aufgaben zuwendet bzw. folgende Möglichkeiten in größerem Umfang als bisher ausnutzt:

1. *Verstärkte Mitarbeit in den politischen Parteien*

Es wäre eine Illusion, anzunehmen, die politisch engagierte Jugend bzw. die Jugendverbände könnten — unabhängig von der offiziellen Wiedervereinigungspolitik der Regierung und der Parteien — eine eigenständige „Wiedervereinigungspolitik“ betreiben. Ihre eigenen Bemühungen sind von dieser Politik abhängig. Sie sollten deshalb, auch wenn das zunächst unmöglich erscheint, versuchen, Einfluß auf die entsprechenden Diskussionen innerhalb der Parteien zu gewinnen, dort ihre z. B. im Abschnitt III dieser Arbeit umrissenen kritischen Fragen stellen und insbesondere mithelfen, daß innerhalb der Parteien und zwischen den Parteien wieder in größerem Umfang qualifizierte Auseinandersetzungen über die „beste“ Wiedervereinigungspolitik geführt werden.

2. *Verstärkte Mitarbeit in den örtlichen und überörtlichen Gremien des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“*

Der Geschäftsführende Vorsitzende des Kuratoriums, Dr. Schütz, hat unmittelbar im Anschluß an die Bundestagswahlen 1965 eine neue „politische Strategie der Wiedervereinigung“ gefordert und eine Denkschrift zur „Reform der Deutschlandpolitik“ vorgelegt. Diese zu begrüßen-

9) „Bericht der Bundesregierung über die Lage der Jugend und über die Bestrebungen auf dem Gebiet der Jugendhilfe“, veröffentlicht als Bundestags-Drucksache IV/3515/1965.

CHRISTIAN GÖTZ

den Erklärungen sollten genutzt werden, um innerhalb der verschiedenen Gremien des Kuratoriums neue Vorstellungen zu diskutieren.

3. Kontaktpflege zur Jugend in osteuropäischen Staaten

Der Deutsche Bundesjugendring forderte in seiner „Remscheider Erklärung“ vom Oktober 1964 zum Thema „Möglichkeiten, Grenzen und Probleme von Kontakten zur Jugend in den osteuropäischen Staaten“: Gut vorbereitete touristische Reisen Jugendlicher in osteuropäische Länder; Verstärkung des sportlichen Austausches; Einladung von Jugendlichen aus osteuropäischen Ländern zu Freizeiten und Sommerlagern deutscher Jugendverbände (dabei soll die Gegenseitigkeit des Austausches angestrebt werden); Fahrten junger Deutscher zu den Gedenkstätten nationalsozialistischen Unrechts; Austausch von Studientelegationen von Fachkräften der Jugendarbeit; verstärkten Austausch von Informationen über das Jugendleben; Abschluß von Kulturabkommen, in die auch Regelungen über einen Jugend- und Studentenaustausch mit einbezogen werden.

4. Kontaktpflege zur Jugend in Mitteleuropa

Der Deutsche Bundesjugendring verabschiedete im März 1965 in Naumburg bei Kassel eine Stellungnahme zur Intensivierung innerdeutscher Jugendbegegnungen. Darin forderte er: Verstärkte Pflege verwandtschaftlicher und freundschaftlicher Verbindungen zwischen den Menschen in beiden Teilen Deutschlands; Nutzung aller sich bietenden Gelegenheiten — auch touristischer — zu Besuchen in Mitteleuropa. Wahrnehmung aller Chancen für Gruppenreisen ohne Aufnahme von Kontakten zur FDJ; Berlin-Begegnungen, die so gestaltet sind, daß sie genügend Zeit für Besuche in Ostberlin bieten; sportliche und kulturelle Kontakte, sofern es sich dabei nicht um politische Propaganda-Maßnahmen handelt; Literaturaustausch.

Der Deutsche Bundesjugendring stellte fest, daß irgendwelche Kontakte zur FDJ für ihn nur dann Sinn haben, wenn erwartet werden kann, daß sie zur Überwindung der deutschen Spaltung beitragen. (Die Frage der Kontakte zu kommunistischen Organisationen und Funktionären wird noch in einem gesonderten Kapitel angesprochen.)

5. Verstärkte geistige Auseinandersetzung mit der östlichen Ideologie und Herausarbeitung der eigenen weltanschaulichen Positionen und Wertbindungen

6. Ständige Auseinandersetzung mit der Entwicklung in Mitteleuropa

Insbesondere geht es darum, regelmäßig entsprechende Informationen über die Entwicklung im politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Bereich zu sammeln und im Rahmen der Verbandsarbeit und durch die eigenen Publikationen weiterzuvermitteln. Daß die Jugendpolitik des Ulbricht-Regimes dabei besondere Aufmerksamkeit verdient, ist selbstverständlich.

7. Stärkung des politischen Willens zur Vervollkommnung unserer eigenen Gesellschaftsordnung

Es sollte auf gar keinen Fall übersehen bzw. unterbewertet werden, daß die ständige — wo notwendig kritische — Auseinandersetzung mit politischen und gesellschaftlichen Fragen in der Bundesrepublik und die Mitarbeit an der Verwirklichung und Vervollkommnung des durch unser Grundgesetz geforderten demokratischen und sozialen Rechtsstaates wesentliche Beiträge zur Wiedervereinigung darstellen. Die Bildungsarbeit der Jugendverbände, die darauf gerichtet ist, junge Menschen zu entsprechendem Verhalten zu befähigen, sollte verstärkt werden. Im Hinblick auf die Wiedervereinigung, geht es darum, im Vergleich zum Ulbricht-Regime das Gegenbild einer freiheitlich-sozialen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung zu erarbeiten.

8. Erarbeitung von „Modellen“ für ein wiedervereinigtes Deutschland

Schon an anderer Stelle wurde betont, daß die Wiedervereinigung gegebenenfalls nur in einem langfristigen Prozeß erreichbar ist. Das ist nicht nur deshalb so, weil die außenpolitischen Voraussetzungen fehlen und — wenn überhaupt — nur in größeren Zeiträumen geschaffen werden können, sondern auch deshalb, weil die beiden Teile Deutschlands in fast allen Bereichen unterschiedliche Lebensformen entwickelt haben. Es sollten deshalb in der Bundesrepublik, insbesondere in den Jugendverbänden, den Parteien, den Gremien des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“ und den Gewerkschaften Diskussionen über die besten Formen des politischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenlebens in einem wiedervereinigten

JUGEND UND WIEDERVEREINIGUNG

Deutschland geführt und „Modelle“ für die verschiedenen Bereiche erarbeitet werden. Es geht darum, schon jetzt konkrete Pläne dafür zu entwickeln, was getan werden muß, um die Kluft zuzuschütten, die zwischen unseren Formen und jenen im anderen Teil Deutschlands besteht, ohne zu verschütten, was dem gemeinsamen neuen Aufbau dienen kann. Diese bisher fast völlig fehlenden Diskussionen, die die politisch engagierten Jugendlichen anregen und mitführen sollten, würden einen wesentlichen Beitrag zu einer glaubwürdigen Wiedervereinigungspolitik darstellen. Es würde dadurch unterstrichen, daß die Wiedervereinigung für uns immer noch eine Realität ist, auf die wir uns deshalb entsprechend vorbereiten. Die Diskussionsergebnisse könnte auch das Ulbricht-Regime nicht einfach ignorieren.

9. Mitwirkung bei der Umgestaltung des „Tages der deutschen Einheit“

Dieser Tag ist in Gefahr, Sinn und Bedeutung völlig zu verlieren. Die meisten Bundesbürger begehen ihn überhaupt nicht bewußt. Die stattfindenden Veranstaltungen sind zwar immer feierlich, aber längst nicht immer überzeugend. 1965 kamen in Hamburg z. B. 2500 Schüler von Hamburger Schulen und 900 Studenten überein, in Hospitälern und auf städtischen Grünflächen freiwillige Arbeit zu leisten; der Lohn wurde für Berliner Ferienkinder und für Ostrentner bestimmt. Solche Beispiele sollten in den Jugendverbänden und im Deutschen Bundesjugendring diskutiert, durch weitere Vorschläge ergänzt und mit diesen zusammen zur Nachahmung empfohlen werden.

Dieser Aufgabenkatalog zeigt, daß sich der politisch engagierten Jugend — trotz der durch die negative politische Entwicklung gebotenen Einschränkungen — auch heute noch genügend Möglichkeiten bieten, Beiträge zu leisten, die helfen können, die Teilung Deutschlands zu überwinden und uns der Wiedervereinigung näherzubringen. Die Jugend darf nicht in Resignation verharren, sondern muß diese Aufgaben anpacken.

V

In allen Diskussionen der Jugendverbände über die Wiedervereinigung tauchen immer wieder die Fragen des Kontaktes zur Jugend in den osteuropäischen Staaten und zur Jugend in Mitteldeutschland auf. Deshalb seien dazu auch hier einige Anmerkungen gemacht.

Als Deutsche müssen wir wegen der besonderen Problematik der Wiedervereinigung die erst- und die zweitgenannten Kontakte auseinanderhalten, obwohl es sich in beiden Fällen um kommunistische Regime handelt. Für beide Fragenbereiche sollte zunächst als „allgemeine Richtschnur“ gelten, daß Kontakte zu kommunistischen Organisationen und Funktionären immer dann vertretbar sind, wenn sie entweder der Wiedervereinigung dienen oder dazu beitragen, die Lebenssituation der Menschen im kommunistischen Herrschaftsbereich zu verbessern.

Außerdem gilt es zu verhindern, daß es ausschließlich den SED-Propagandisten überlassen bleibt, sowohl in ihrem eigenen Machtbereich als auch insbesondere in den osteuropäischen Staaten ein Bild über die politischen Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland zu zeichnen.

In bezug auf die osteuropäischen Staaten kommt ein zweiter gleichwertiger Gesichtspunkt hinzu, auf den bereits im Abschnitt III dieser Arbeit hingewiesen wurde, nämlich die Furcht und das Mißtrauen vor den Deutschen abzubauen, die angesichts der Schrecken der Vergangenheit nur allzu verständlich sind. Die Jugend kann durch die Realisierung der Vorschläge der zitierten „Remscheider Erklärung“ des Deutschen Bundesjugendringes gerade dazu einen nicht unerheblichen Beitrag leisten. Daß wichtige Teile dieser Erklärung nur bei Kontaktaufnahme zu kommunistischen Organisationen und Funktionären realisiert werden können, darf kein Hinderungsgrund sein. Die Kontakte sind in diesem Fall vertretbar, weil die Verbesserung unseres Verhältnisses zu den ost-

europäischen Staaten einen Beitrag zur weltpolitischen Entspannung darstellt, weil dadurch — entsprechend der „allgemeinen Richtschnur“ — die Chancen für die Wiedervereinigung vergrößert werden und weil gleichzeitig den aus der jüngeren Vergangenheit resultierenden verständlichen Vorbehalten gegenüber uns Deutschen entgegengewirkt wird.

Die Interzonen- und Passierscheinabkommen können nur in Gesprächen mit Vertretern des Ulbricht-Regimes ausgehandelt werden. Da diese Abkommen darauf gerichtet sind, die Lebenssituation der Menschen im anderen Teil Deutschlands zu verbessern bzw. die menschlichen Folgen der Spaltung zu mildern, werden unsererseits Kontakte zu kommunistischen Funktionären aus Mitteldeutschland in Kauf genommen. Diese Beispiele zeigen, daß die „allgemeine Richtschnur“ in der gesamtdeutschen Politik bereits praktiziert wird und daß die Frage entsprechender Kontakte nicht in erster Linie nach moralischen Gesichtspunkten beurteilt werden kann, sondern nach denen der politischen Zweckmäßigkeit.

Gerade davon ausgehend, muß man sich aber noch einmal in Erinnerung rufen, daß alle erklärten Anhänger des Ulbricht-Regimes, zu denen auch die FDJ-Funktionäre gehören, konsequente Gegner einer Wiedervereinigung nach demokratischen und freiheitlichen Prinzipien sind. Man braucht nicht zu den sog. „kalten Kriegern“ zu gehören, um das so eindeutig festzustellen. Wendet man in dieser Erkenntnis die „allgemeine Richtschnur“ im Bereich der Jugendarbeit an, so muß man leider die bittere Feststellung treffen, daß offizielle Kontakte zwischen Jugendgruppen der Bundesrepublik und Jugendgruppen aus Mitteldeutschland, *die ausschließlich oder überwiegend aus FDJ-Funktionären bestehen*, sinnlos sind. Auf Grund dieses Sachverhaltes besitzen die politische, gewerkschaftliche und studentische Jugend der Bundesrepublik keine Gesprächspartner in Mitteldeutschland.

Chancen, adäquate Partner zu finden, haben nur die konfessionelle Jugend und der Sport. (Auf die Wahrnehmung solcher Chancen sollte auch dann nicht verzichtet werden, wenn dazu Verhandlungen mit offiziellen Stellen in Mitteldeutschland erforderlich sind.)

Nicht im Gegensatz zu diesen grundsätzlichen Feststellungen steht, daß junge Menschen aus der Bundesrepublik, die privat oder im Rahmen der vom Bundesjugendring in seiner „Naumburger Erklärung“ vorgeschlagenen Maßnahmen nach Ostberlin oder Mitteldeutschland reisen, keine Veranlassung haben, Gesprächen mit Funktionären aus dem Weg zu gehen. Dasselbe gilt für das Zusammentreffen mit diesem Personenkreis im Rahmen sog. „Gesamtdeutscher Jugendtreffen“, die ab und zu in der Bundesrepublik stattfinden und die nicht mit Polizeigewalt verhindert werden sollten. Wichtig ist allerdings, daß auch solche Gespräche in Loyalität zu unserer demokratischen Grundordnung in der Bundesrepublik geführt und daß die Prinzipien von Demokratie und Freiheit dabei verteidigt werden.

VI

Neben dem Anpacken der vorgeschlagenen konkreten Aufgaben sollte die politisch engagierte Jugend Überlegungen über ein neues *Ideal* für die angestrebte Wiedervereinigung anstellen. Es ist nicht beabsichtigt und auch nicht möglich, an dieser Stelle dafür einen abgerundeten Vorschlag zu unterbreiten. Nur die allgemeine Zielrichtung soll genannt werden. Sie besteht darin, daß der Nationalismus als Impuls für die Wiedervereinigung in immer größerem Umfang ausscheidet und daß man eine Vision von einer zukünftigen politischen Ordnung hat, in der nationale Postulate überhaupt sowie staatliche Grenzen an Bedeutung verloren haben.